



Niederschrift

44. Plenarsitzung des Gemeinderates
15. November 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 7 der Tagesordnung: Sachstandsbericht Karlsruhe.App

Vorlage: 2022/0980

Punkt 7.1 der Tagesordnung: Entgeltfreie Anlaufzeit ausweiten

Ergänzungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2022/0980/1

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen und Hauptausschuss - den Sachstandsbericht zur Karlsruhe.App zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen am 28. September 2022 und im Hauptausschuss am 8. November 2022:

Wir haben uns lange den Kopf verhirnt, aber wir haben keinen Weg gefunden, zu einer Informationsvorlage einen Ergänzungsantrag zu stellen. Insofern würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir den in den nächsten Gemeinderat nehmen. Dann können wir ihn formal abstimmen. Ich sage aber zu, dass wir jetzt im Moment auch keine Gebühren aufrufen werden. Von daher brennt jetzt auch nichts an. Aber jetzt warten wir erst einmal die Diskussion ab. Ansonsten würde aber auch keine Zeit an der Stelle über den Antrag hinweg laufen.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Das digitale Kind der Stadtverwaltung, die Karlsruhe-App, ist mittlerweile ein ausgewachsener Teenager geworden, auf den das IT-Amt auch mit Stolz blicken kann. Dieser Teenager ist ständig außer Haus, wie es sich gehört, hat den Terminkalender voller Veranstaltungen mittlerweile. Er ist sehr kommunikativ, mit 28 Kanälen, auf denen er gleichzeitig unterwegs ist, und 6 externen Add-In-Anbietern, über 5.000 neue

Freunde hat er gefunden und auch das Feedback von denjenigen, die mit ihm zu tun haben, ist mittlerweile deutlich erfreulicher als noch vor einem halben Jahr. Das ist eine gute Entwicklung und uns allen als verantwortungsbewusste Erziehungsberechtigte liegt das Gleiche am Herzen, nämlich, dass dieser Sprössling auch dauerhaft und nachhaltig erfolgreich ist.

Deswegen haben wir ihn auch von Beginn an wohlwollend unterstützt, indem wir im Februar eine sechsmonatige kostenlose Anlaufzeit für die Betreiber von In-App-Kanälen beschlossen haben. Heute muss es insbesondere darum gehen, das, was wir erreicht haben, zu konsolidieren. Wir GRÜNE sind, wie auch in der Sitzung im Februar, bereits der Meinung, dass dieser Teenager noch eine ganze Weile die Stützräder braucht. Die User*innen-zahlen zeigen, dass dann, wenn ein kontinuierliches Bewerben der Stadt kurz aufhört, sie eher zurückgehen, also sind nicht ganz stabil und auch die Rückmeldung von diversen In-App-Betreiber*innen, die Stellungnahme, die seit wenigen Minuten online ist, sind recht deutlich. Trotz der Fortschritte bei der Benutzerfreundlichkeit, trotz der Fortschritte beim Funktionsumfang ist das Angebot einfach noch nicht attraktiv genug, um die Anbieter bei uns zu halten. Die ersten Kündigungen liegen bereits vor, und weitere werden, zumindest angekündigt, folgen.

Daher ist es gut, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, uns gerade schon zu verstehen gegeben haben, dass jetzt nichts anbrennt. Das ist uns eigentlich das Wichtigste heute. Wir wollen mit unserem Antrag ganz simpel das Gleiche wie vor einem halben Jahr oder im Februar, nämlich die kostenlose Anlaufzeit noch einmal um sechs Monate zu verlängern, auf insgesamt zwölf Monate, als Investition in die Zukunft der App. Sollten uns weitere In-App-Betreiber abspringen, weil wir die Stützräder von unserem Teenager zu schnell wegreißen, dann fliegt der mit Vollgas auf den Asphalt. Das möchten wir nicht. Dann haben wir auch für die Refinanzierung dieser App nichts getan. Die Entwicklungskosten kommen nicht wieder rein, wenn die vollkommen wegfallen oder auch nur teilweise wegfallen. Diese Rechnung geht nicht auf. Daher werbe ich hier um Unterstützung für den Antrag, auch wenn wir ihn jetzt wohl nicht abstimmen. Das ist dann in Ordnung.

Ich weise auch noch einmal auf den Punkt der Stellungnahme, den Sie vermutlich alle noch nicht gelesen haben, hin, in der gesagt wird, dass die Kosten für den Betrieb der App sich drastisch reduziert haben. Vielleicht hilft das auch bei unserer Entscheidungsfindung. Lassen Sie uns einfach alle dafür sorgen, dass diese App dauerhaft auf eigenen Beinen steht und ein Erfolg wird.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich glaube, ich kann es deutlich kürzer machen, denn der Herr Kollege Bauer hat alles sehr bildlich schön beschrieben. Wir bedanken uns auch bei der Verwaltung für die bisherige Entwicklung. Trotzdem, wie ich es im Hauptausschuss gesagt habe, sind wir immer etwas ungeduldig und hätten es gerne etwas schneller. Wir haben uns auch gerade eben mit Jugendlichen/jungen Erwachsenen unterhalten. Da würden wir schon den einen oder anderen Punkt, der aber auch schon angekündigt wird in den Vorlagen der Verwaltung, gerne jetzt auch zügig umsetzen.

Zum Beispiel die Einbindung der KIT-Mensa oder andere Dinge sollten wirklich schnellstens versucht werden, dort umzusetzen. Es wurde auch vorgestellt, dass bereits eine breite Vermarktungsstrategie und entsprechende Maßnahmen dort angegangen werden. Wir

würden die Intensität darin sehen, jetzt stärker am Inhalt zu arbeiten und dann entsprechend noch mal mit der Vermarktungsstrategie woran zu gehen.

Von daher können wir auch den Antrag der GRÜNEN oder das Ansinnen der GRÜNEN absolut nachvollziehen, dass man zuerst die Attraktivität steigern muss und dann die Gebühren einzuführen. Wir würden auch den Antrag so mitgehen wollen oder zumindest sagen, dass wir erst einmal versuchen, hier noch entsprechend das Ganze zu unterfüttern, sehen dies auch dann als Investition in die Zukunft. Denn es nützt uns nichts, wenn wir mit etwas, was jetzt noch in der Entwicklung ist, einen Schiffbruch erleiden, sondern würden gerne hier noch ein bisschen die Qualität steigern, dass man dann auch wirklich mit Vollgas vorangehen kann.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Es wurde viel Gutes gesagt über die App. Ich möchte noch einmal ganz speziell auf die Add-Ins zu sprechen kommen, wo auch schon wirklich gute Möglichkeiten bestehen, Behördengänge zu vermeiden. Ich habe gesehen zum Beispiel, dass die Wohnungsgeberbescheinigung jetzt online abgefragt werden kann an der Stelle oder zum Beispiel, was auch interessant ist, das Tracking, wenn man einen Personalausweis beantragt, um zu schauen, wo der denn gerade steckt und wie lange das wohl noch dauert.

Es gibt schon durchaus Dinge, die uns als Fraktion ganz wichtig sind, was die Digitalisierung der Behördengänge anbelangt. Man muss aber trotzdem auch ein bisschen den Finger in die Wunde legen an der Stelle. Das ist überhaupt kein Vorwurf gegen unsere eigenen Entwickler, sondern eigentlich ein Fingerzeig Richtung Land. Wir haben das Onlinezugangsgesetz, und das sagt eigentlich, dass bis Ende 2022 alle Behördengänge digital verfügbar sein müssen. Da sind wir ganz weit davon entfernt. Da kann man jetzt natürlich überlegen, woran es liegt. Vielleicht liegt es daran, dass unser Digitalminister mehr Zeit bei Anwälten verbringt als in seinem Ministerium. Man weiß es nicht, aber es ist trotzdem doch schon erschreckend, wie das noch bis Ende des Jahres passieren soll. Wir alle wissen, dass es nicht passiert. Denn das, glaube ich, ist für die jüngere Generation etwas, was wirklich entscheidend wichtig ist für die App. Die ganzen Channels mit den Push-Nachrichten, das ist schön und gut, das muss man haben, aber das gibt es in ganz vielen anderen Apps auch. Aber die digitalen Behördengänge, das ist wirklich die große Chance mit dieser App, eine Vereinfachung. Wir hoffen, dass wir das dann mit dem Gesetzgeber zusammen möglichst bald auch so attraktiv gestalten können, wie wir es benötigen.

Zum Antrag der GRÜNEN sind wir als Fraktion eigentlich eher der Meinung, dass es jetzt schon so weit ist, dass man dafür Geld verlangen könnte. Wir sehen, es ist ein relativ geringer Betrag, der wieder zurückkommt, wenn man das vergleicht mit den laufenden Kosten, die wir haben. Da sind die Entwicklungskosten noch gar nicht dabei, die auch erheblich waren. Also, ja, da müsste man sich auf jeden Fall darüber verständigen, ab wann denn der Moment gekommen ist, wo es so weit entwickelt ist, dass es Geld kosten darf. Wir sehen es eigentlich so, dass wir heute schon angekommen sind.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Wir wünschen uns auch, dass die Karlsruhe.App ein Erfolg wird. Wir hielten allerdings den Start damals zu früh und waren damals auch mit dem Angebot nicht zufrieden. Umso mehr freuen wir uns jetzt über die Fortschritte der App bei dem Leistungsumfang, der Nutzbarkeit und der Attraktivität. Allerdings darf uns das nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch viele Fragen offen sind. Zum Beispiel wirklich interessant wird die App erst, Kollege Huber hat es auch angesprochen, wenn Bürger- und

Verwaltungsprozesse wie Personalausweis, Mülltonnenbetrag und Ähnliches wirklich medienbruch-frei mit dieser einen App passieren kann. Erst dann können wir unserer Meinung nach von einer digitalen Daseinsvorsorge sprechen. Bisher fehlen uns dazu noch die Dienste. Allein mit den Channels bietet die App kein Alleinstellungsmerkmal.

Zu den Fragen, zu den Usern, die reine Anzahl der User ist nur eine von vielen Aspekten. Uns würde zum Beispiel interessieren, wie wird die App genutzt oder was ist aus der zentralen Anmeldung über eine App geworden, wird das noch weiterverfolgt. Insgesamt hätten wir gerne konkretere Angaben, zum Beispiel wenn Sie in Bezug auf die Entgelte schreiben, Zitat, es bleibt abzuwarten, wie sich die Anbieter verhalten, sobald die Entgeltspflicht eintritt. Da drängt sich die Frage auf, gibt es eine Marktstudie oder welcher konkrete Preis würde sich realisieren lassen. Wir sehen, und da unterstützen wir den Antrag der GRÜNEN, das derzeitige Bezahlmodell als hoch problematisch an. Wir befürchten dadurch eine Verhinderung von Inhalten. Zum Beispiel bei ganz schwachen Anbietern aus der Open Community, die dadurch abgeschreckt würden oder eben auch prinzipiell finanzkräftige Anbieter, selbst aus dem Konzern Stadt halten sich nachgewiesenermaßen zurück mit dem Argument, erst wenn die Userzahlen ein wirtschaftliches Arbeiten erlauben, biete ich einen Chat oder ein Add-In, sonst muss ich mich vor meinen Stakeholdern rechtfertigen. So ein Projekt muss unserer Meinung nach wirklich noch eine Weile kostenfrei laufen.

Stadtrat Hock (FDP): Jetzt wurde schon extrem viel zu der App gesagt und Kollege Bauer hat Vieles auf den Punkt gebracht, was wir auch hier sagen wollten von meiner Fraktion. Ich möchte das aufgreifen, was er gesagt hat zum Thema „die Stützräder wegzumachen“. Meine Fraktion glaubt, dass es heute noch nicht der Zeitpunkt wäre, die Stützräder zu entfernen. Man muss sich mit den Anwendern und den Nutzern der App auseinandersetzen und diese dazu befragen. Dann hört man immer wieder, wo ist der Mehrwert. Also, ich möchte nur darauf hinweisen, es läuft in die Richtung, finden wir alles gut und ist alles auf der..., ja, genau, der Herr Bauer macht jetzt genau das Zeichen, was ich gerade sagen wollte. Ich sage es deutlich, wir haben noch einiges, was wir auf die richtige Bahn bringen müssen und können uns definitiv noch verbessern. Ich möchte das heute an diesem Punkt auch belassen und möchte jetzt nicht das eine oder andere in die nicht so tolle Richtung drehen.

Aber diesen Ergänzungsantrag der GRÜNEN, den befürwortet meine Fraktion uneingeschränkt, weil wir auch glauben, dass viele dann wieder abspringen werden, wenn es jetzt schon in den Bezahlmodus überwechselt. Also, von daher gesehen kann ich der Stadtverwaltung nur den Tipp geben, bleiben Sie noch ein Weilchen dabei. Versuchen Sie sich noch zu verbessern. Wir haben Verbesserungspotenzial in allen Bereichen. Ansonsten hoffen wir, dass die Zukunft der Karlsruhe.App noch besser wird, als sie jetzt schon ist, vorsichtig ausgedrückt.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich glaube, der Mehrwert der App ist für viele ersichtlich und ohne Zweifel. Positiv hervorzuheben ist das Tempo, das die Verwaltung vorlegt in der Bereitstellung der neuen Inhalte. Seit Dezember 2021, innerhalb von zwölf Monaten solche vielen neuen Dienste zu machen, habe ich selbst in der Industrie ehrlich gesagt selten erlebt. Das ist gerade für eine Verwaltung überaus vorbildlich, was alles möglich ist. Auf der anderen Seite, und das ist die Schwierigkeit dessen, was wir auch immer noch sehen, ist, dass die Nutzeranzahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung einfach noch recht klein ist. Gerade deshalb wäre es eine extrem kontraproduktive Art und Weise, jetzt Gebühren

einzuholen, weil wir immer noch dabei sind, erst einmal eine Art, in Anführungszeichen, Marktdurchdringung zu erreichen, dass die Menschen sich an die App gewöhnen, es etabliert wird, dass sie bekannter wird und die Menschen darüber reden und auch verweisen. Ich glaube, das ist in dieser Phase imminently wichtig, weil wir auch nicht wollen, dass wir dann in zwei Jahren irgendwann sagen, dass die KA-App quasi das Studi-VZ der Stadt Karlsruhe ist, gab es irgendwann mal, nutzt jetzt irgendwie keiner mehr, und ich glaube, da sollten wir diesen Fehler vermeiden, was viele andere immer in diesem Softwarebereich machen, erst mal den Geldbeutel aufzumachen, obwohl das Fell noch nicht mal zerlegt ist, so in der Art. Ich glaube, das ist richtig, dass wir erst einmal diese Angebote weiterhin kostenlos machen, um mehr Nutzer*innen zu gewinnen, auch jetzt darüber zu diskutieren, was ist denn der reale Mehrwert davon. Die App ist, glaube ich, bekannt oder ist immer bekannter geworden. Jetzt sollte man noch mal zeigen, wieso sollten die Bürgerinnen und Bürger die nutzen und dann sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

Stadtrat Kalmbach (FWJ|FÜR): Beim letzten Mal gab es ziemlich viele Schläge für die Stadtverwaltung. Wir haben viel kritisiert, sicher auch vieles zu Recht kritisiert. Ich möchte an der Stelle zuerst mein Lob aussprechen über die Entwicklung, der Herr Bimmerle hat es angesprochen. Es hat sich wirklich total viel entwickelt, aber in der Tat, das Kinderfahrrad hat immer noch Stützräder dran und braucht noch Stützräder, dass die App fahren kann. Aus diesem Grunde können wir uns sehr gerne auch dem GRÜNEN-Antrag anschließen. Denn wir sehen das auch noch sehr schwach auf der Brust. Also, es braucht einfach noch Stabilität und es braucht mehr Schub, damit es sich auch wirklich trägt.

Wir hätten noch eine kleine Ergänzung zu diesem Ergänzungsantrag, und zwar grundsätzlich mit der Preisgestaltung. Wir haben jetzt größere Betriebe, die können sich das natürlich schon leisten. Für gemeinnützige Vereine und so weiter ist es kostenlos. Auch für kleine Betriebe zum Beispiel, die jetzt über diese App ihren Betrieb vorstellen wollen, sind 34 oder 40 Euro einfach zu viel. Also, dass man hier noch einmal überlegt, ob man eine Staffelung der Preise vielleicht an der Angestelltenzahl oder irgendwie einführt. Das möchten wir noch anregen, ob das nicht ein Weg wäre, auch noch mehr Leute heranzuziehen, dass es auch für sie attraktiv wäre.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur noch für die Zuhörerinnen und Zuhörer klarstellen, es geht nicht um Gebühren für die, die die App nutzen, sondern die, die auf der App etwas anbieten, weil hier sonst vielleicht manchmal ein falscher Eindruck entsteht. Herr Kalmbach, an Ihr Beispiel anknüpfend, wenn jemand ein kleiner Betrieb ist mit mehreren Arbeitnehmer*innen, dann muss er für jede Arbeitnehmer*in wahrscheinlich im Jahr irgendwo zwischen 50.000 und 70.000 Euro zahlen, dann zu sagen, er kann sich 35 oder 40 Euro nicht leisten, damit er bei uns dabei ist, also das kann ich dann ehrlich gesagt nicht mehr so ganz nachvollziehen.

Dann eine weitere Anmerkung. Ich glaube, wir kriegen vor allem ein jugendliches Publikum und junge Erwachsene nicht darüber, dass wir nur die Dienstleistungen unserer Bürgerdienste anbieten, denn die brauchen die meistens nicht so ganz häufig, sondern wir müssen auch noch ein paar andere knackige Sachen da unterbringen. Aber ich finde, dass auch das jetzige Angebot eigentlich schon sehr attraktiv ist, weil man alles schon auf einem Gerät hat. Das ist etwas, was uns von anderen Apps anderer Städte unterscheidet, dass wir auch über diesen öffentlichen Raum gehen, den wir geschaffen haben im Netz, auch durchaus interessante Privatangebote dort mit unterbringen.

Ich kann mir natürlich die Bemerkung nicht verkneifen, Herr Stadtrat Bauer, dass ein so überzeugter Pädagoge wie Sie auf der einen Seite von pubertierenden Jugendlichen redet und auf der anderen Seite ihnen nicht zutraut, dass man die Stützräder vom Fahrrad langsam abmontieren kann. Das mag vielleicht auch ein Stück weit beruflich bedingt sein. Nein, wir haben Ihnen zugesagt, dass wir jetzt nichts einführen. Wir stellen es dann im Dezember noch einmal zur Abstimmung. Sie haben uns aber durch Ihre Wortbeiträge schon signalisiert, wo Ihre Richtung hingeht. Vielleicht brauchen wir es dann auch gar nicht mehr groß zur Abstimmung stellen, sondern können es über Offenlage machen. Das klären wir gerade. Dann würden wir dementsprechend verfahren.

Dann haben Sie das alles zur Kenntnis genommen. Vielen Dank auch für die lobenden Worte, denn es ist in der Tat neben der ganzen Digitalisierung der Verwaltung etwas, was nicht unbedingt sein müsste, was wir aber seit einigen Jahren mit großer Kraft und auch mit guter finanzieller Unterstützung zunächst in der Anfangsphase vom Land Baden-Württemberg und hier die Digitalinitiative unterstützen und umsetzen. Aber es fällt immer schwer, den nächsten Schritt zu gehen, wenn man sieht, dass gleichzeitig noch so viel an der Digitalisierung an anderen Stellen zu tun ist. Sie wissen alle, mit welcher großen zweistelligen Projektzahl sich das Amt für Digitalisierung auseinanderzusetzen hat.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
05.12.2022